

Roland Schuster

Rede auf der Kundgebung des Friedensbündnisses

26.02.2022, Kapuzinerplanken

Für Friedenspolitik gegen Krieg!

Liebe Friedensfreundinnen und Friedenfreude,

ja wir stehen hier für Friedenspolitik und gegen Krieg. Und es ist viel passiert.

Vor 2 Wochen haben wir diese Kundgebung angemeldet unter dem Slogan „Ja zur Friedenspolitik – Nein zur Kriegshysterie.“

Mit Kriegshysterie meinten wir den zunehmend zur Kriegspropaganda ausartenden Mainstream bundesdeutscher Politik und Medien zum Ukraine-Konflikt, der nicht Wasser sondern Öl ins Feuer gießt und die Eskalationsspirale weiter dreht.

Ja, wir haben nicht damit gerechnet, dass Russland und dessen Präsident Putin, seine Truppen in Richtung Ukraine marschieren lässt, und einen direkten Krieg gegen die Ukraine führt und somit diesen Konflikt auf seine Art militärisch lösen will.

Aus diesem Grund mussten und haben wir unseren Aufruf zu dieser Kundgebung aktualisiert, der der neuen Entwicklung Rechnung trägt. Die Überschrift ist nun: „Die Waffen nieder – nein zum Krieg!“

Wir fordern einen umfassenden Waffenstillstand, den Rückzug aller Truppen, der russischen Truppen aus der Ukraine und ein Zurück an den Verhandlungstisch.

Sanktionen lehnen wir aus schlechter Erfahrung in anderen Konflikten ab, da sie zuallerst die Zivilbevölkerung treffen, die Probleme nicht löst und deshalb der falsche Weg ist.

Das Leid, das die Zivilbevölkerung in Kriegen erfährt, und unser Mitgefühl hierbei ist unteilbar. Es trifft die Zivilbevölkerung sowohl in Russland aber jetzt auch aktuell insbesondere die Bevölkerung in der Ukraine.

„Stoppt Putin, sofortiger Abzug der russischen Truppen“ – diese Parolen hören wir vielerorts, und auch wir erheben diese Forderung hier, sind sie doch eine Grundvoraussetzung für einen politischen Prozess.

Was uns und unsere heutige Kundgebung aber unterscheidet von manch anderer Veranstaltung, die in diesen Tagen stattfindet, ist:

Wir wollen nicht, dass die militärische Eskalationsspirale noch weiter gedreht wird von allen Seiten. Wir müssen alles, was uns möglich ist, tun, um diesen Krieg zu beenden. Die Gefahr eines noch viel größeren Krieges, eines Weltkrieges ist real. Auch deshalb muss dieser Krieg sofort beendet werden.“

Es zeichnet sich aber, dass genau dies nicht getan wird.

Nicht nur von Russland, auch vom Westen, der NATO. Die militärische Aufrüstung der NATO-Staaten an der russischen Grenze, die NATO-Osterweiterung, die kontinuierlich seit 1991 betrieben wird, hat nicht zu mehr Frieden geführt, sondern sind mit eine Ursache der Entwicklung, die wir nun erleben.

Und leider verdient sich auch die deutsche Bundesregierung keinen Friedenslorbeer.

Ich will drei Beispiele nennen:

MINSK 2 – alle oder besser gesagt fast alle, auch wir, haben sich ja offiziell dafür ausgesprochen. Man müsse an den Verhandlungstisch zurück, um auf der Basis von MINSK 2 einen Friedensprozess in der Ukraine einzuleiten.

MINSK 2 heißt: Grundsätzliche Anerkennung der Souveränität und Unverletzlichkeit der Grenzen der Ukraine, aber auch Aushandeln einer Autonomie-Regelung mit den politischen Vertretungen der abtrünnigen Republiken in der Ost-Ukraine also den sog. Volksrepubliken.

Das war auch offiziell die Position der deutschen Bundesregierung, aber gehandelt hat sie nicht danach.

So hat der ukrainische Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Oleksiy Danilow. vor drei Wochen den Westen davor gewarnt „das Land zu zwingen, ein von Frankreich und Deutschland vermitteltes Friedensabkommen für die Ostukraine zu erfüllen“.

Ähnlich, wenn auch diplomatischer, formulierte es der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba im Januar diesen Jahres im Beisein seiner deutschen Amtskollegin Annalena Baerbock:

„Es werde niemals einen direkten Dialog seiner Regierung mit den prorussischen Rebellen im Osten der Ukraine geben“. Kuleba und Baerbock verkündeten danach ihre 100%zige Übereinstimmung. Also quasi das Aus für MINSK 2.

Noch ein anderer Gesichtspunkt, wenn wir darüber sprechen, was ist in der Vergangenheit falsch gemacht worden. Was können wir daraus lernen, was kann man zukünftig anders machen.

Im Interview im Deutschlandfunk vom 9.2.22, also nicht lange her, sagte Klaus von Dohnanyi, der früher einer der einflussreichsten deutschen Politiker und der SPD war:

„Die Erweiterung der NATO nach 1990 war ein Fehler.“

Der Westen müsse dafür sorgen, dass Putin keinen Grund habe, in die Ukraine einzumarschieren, so Klaus von Dohnanyi. Europa müsse deutlicher über die Fehler der USA-Politik wie die Osterweiterung der NATO sprechen und einen Beitritt der Ukraine offen ausschließen. Andernfalls werde Putin noch mehr nach Asien und an die Seite Chinas gedrängt – doch das sei nicht im europäischen Interesse.

Soweit Klaus von Dohnanyi. Das Ergebnis kennen wir.

Lasst mich mit einem Zitat eines anderen bekannten Politikers enden. Ich zitiere hier bewusst Personen, die nicht originär der Friedensbewegung angehören, weil man natürlich für einen Friedensprozess auch wahrnehmen muss, was andere sagen.

Im Interview mit der Tageszeitung TAZ am 12. Januar (also auch nicht lange her) antwortet Rolf Mützenich, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag auf die Frage:

„Wie kann eine langfristige Lösung des Konflikts mit Russland aussehen?“

„Wir brauchen perspektivisch eine europäische Friedensordnung unter Einschluss Russlands – auch wenn dies derzeit noch illusorisch erscheint. Ich hoffe dennoch auf eine künftige gesamteuropäische Friedensordnung, die als ‚pluralistische Sicherheitsgemeinschaft‘ Krieg zwischen ihren Mitgliedern ausschließt und am Ende die Militärbündnisse überwindet.“

Zwischenkommentar TAZ: „Also die Überwindung der Nato ...“

Mützenich: „Ein solches Szenario ist für die nächsten Jahrzehnte sicherlich unrealistisch. Aber ich finde, wir sollten wenigstens damit anfangen, die alleinige Fixierung auf militärisch-politische Überlegungen zu überwinden. Wir müssen ja auch zur Kenntnis nehmen, dass selbst die Nato keine hundertprozentige Garantie mehr für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bietet – wenn sie es denn je tat.“

Wieder TAZ: „Sie meinen die Türkei ...“

Mützenich: „... und auch Polen, Ungarn und die USA unter Trump. Wir sollten alle gemeinsam daran arbeiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weltweit zu stärken und regionale und internationale Friedensordnungen zu etablieren, unter deren Schirm sich alle versammeln können.“

Vermutlich würde das Mützenich heute nicht mehr so sagen. Wir meinen: Das soeben zitierte, ist aktueller denn je:

Waffen nieder! Rückzug aller Truppen! Kein weiteres Drehen der Eskalationsspirale von allen Seiten. Zurück an den Verhandlungstisch. Friedenspolitik statt Krieg!